

25

82

Union in Deutschland

Bonn, den 2. September 1982

Wir müssen alle unsere Pflicht tun

Zu Beginn der Sitzung habe ich einen Lagebericht gegeben, und die Kollegen Dregger und Kiep haben jeweils über die politische Entwicklung in Hessen und in Hamburg berichtet, stellte Helmut Kohl auf einer Pressekonferenz nach der Präsidiumssitzung am Montag, 30. August 1982, im Bonner Konrad-Adenauer-Haus fest.

Wir sind vor allem auch im Blick auf den Wahlkampf in Hessen und auch auf die Verpflichtung, die wir bei unseren Freunden in der CSU in Bayern übernommen haben, überein gekommen, daß bis zu der Wahl in Bayern (10. Oktober) wir unsere volle Kraft in diesen Wahlkämpfen einsetzen wollen. Die Berichte aus diesen Wahlkämpfen, auch die eigenen Erfahrungen, zeigen einen enormen Zuspruch für unsere Veranstaltung und einen unübersehbaren Vertrauenszuwachs. Wir sind überzeugt, daß wir gute Chancen haben, aber ich füge auch hinzu, daß wir alles tun müssen, um die Wähler zu mobilisieren, daß wir gar keinen Grund haben, zu glauben, die Wahl sei schon gewonnen.

Der Zustand der Koalition hat natürlich enorme Auswirkungen auf das Wahlkampfgeschehen. Wer die

(Fortsetzung auf Seite 2)

- HAUSHALT '83**
Unverzüglich neuen Entwurf vorlegen Seite 4
- INNENPOLITIK**
Thesen der CDU für die innere Sicherheit der Bundesrepublik Seite 5
- GEWERKSCHAFT**
Schmidts Antwort auf berechtigte Kritik erschöpft sich in Appellen Seite 7
- AUSBILDUNG**
Überhöhte Kosten schaffen keine neuen Ausbildungsplätze Seite 8
- KOMMUNEN**
Investitionsfähigkeit der Gemeinden muß wiederhergestellt werden Seite 11
- MITTELSTAND**
Kurskorrektur und Rückbesinnung sind notwendig Seite 12
- CDU HESSEN**
Mit aller Kraft für den demokratischen Wechsel kämpfen Seite 13
- DOKUMENTATION**
Die politische Landschaft im Wandel
Der Zerfall der SPD im Spiegel der Demoskopie grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

Wahlkampföffnung der SPD in Wiesbaden Revue passieren läßt und die Vorgänge der letzten Wochen, kann beobachten, daß die Sozialdemokraten angesichts des permanenten Schwächezustands ihrer Partei — in allen Umfragen sind sie ja jetzt zwischen 25 und 30 Prozent mit einer klaren Tendenz auf 30 Prozent — jetzt in der üblichen Weise zu wilden Beschimpfungen und Beschuldigungen des politisch Andersdenkenden greifen.

Wir waren im Präsidium der Überzeugung, daß dies nicht unser Stil im Wahlkampf sein sollte. Es ist speziell in Hessen deutlich sichtbar, vor allem auch in jenen Bezirken, in denen überwiegend Arbeitnehmer wohnen, daß die Abwendung der Arbeitnehmerschaft von der SPD weiter voranschreitet. Die Sozialdemokraten leiden eben unter der Unklarheit ihrer Politik. Man kann eben nicht „Jein“ sagen zu den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, man kann nicht „Jein“ sagen zu der Notwendigkeit des Nachrüstungsbeschlusses, und man kann nicht „Jein“ sagen zur Kernkraft.

In Hessen ist für uns noch sehr bemerkenswert, daß der Flirt, den die SPD mit den Grünen begonnen und nicht zuletzt in den letzten Wochen in Hamburg betrieben hat, bei vielen Arbeitnehmerwählern zu besonderer Nachdenklichkeit führt, und daß dies sicherlich auch traditionelle Wähler der FDP beeindruckt, denn es ist ja offenkundig, daß die Sozialdemokraten unterwegs sind, einen Ersatzpartner für die Freien Demokraten zu finden. Wir haben es heute noch einmal unterstrichen, daß wir es begrüßen, daß die FDP mit dem Begriff eines neuen Anfangs ihre Koalitionsaussage in Hessen verbunden hat. Was die FDP über Hessen hinaus tut, kann natürlich niemand von uns voraussehen. Wir alle sehen, daß die FDP unter einem erheblichen Zugzwang durch die Existenz der Grünen geraten ist. Das Verweisen der FDP auf Platz vier bei den demoskopischen Umfragen wie bei den Wahlergebnissen der Kommunalwahl in Schleswig-Holstein und zu den Landtagswahlen in Hamburg, in Niedersachsen hat hier ein weiteres getan.

Das Präsidium der CDU Deutschlands ist völlig einmütig darin, daß die Freien Demokraten, ihr Vorsitzender, das Präsidium und die Parteiführung nun in den nächsten Wochen sagen müssen, was sie selbst wollen, was sie unter einem neuen Anfang verstehen, ob ein neuer Anfang auch in Bonn möglich ist. Wir glauben, daß die Entwicklung innerhalb der FDP die FDP einfach dazu zwingt, aus eigenem Interesse in allernächster Zeit — vor allem auch auf ihrem Bundesparteitag Anfang November — eine klare Auskunft zu geben. Wir sehen dieser Entwicklung mit großer Gelassenheit entgegen.

Wenn die FDP der Meinung ist, daß man eine neue gemeinsame Arbeit begründen kann, sind wir dazu bereit unter den selbstverständlichen sachlichen Voraussetzungen eines vernünftigen und überzeugenden Konzepts für einen neuen Anfang. Das ist ja nicht nur irgendein Konzept, sondern man muß sich darüber im klaren sein, und das ist das Schwere der Probleme, daß dies wirklich ein neuer Anfang sein muß in den verschiedensten Bereichen der Politik. Ich füge aber gleichzeitig hinzu, niemand von uns erwartet nun an der Hausecke — etwa des Adenauerhauses —, ob es schon morgen oder übermorgen so sein wird. Wir sind durchaus in der Lage, angesichts unserer politischen Grundposition auch in der jetzigen Position zu verbleiben, als Opposition bis zur nächsten Wahl unsere Pflicht zu tun.

Dazu ein offenes Wort zu dem Thema Neuwahlen. Daß Neuwahlen für viele Mitbürger verständlicher Weise als der Ausweg erscheinen, ist ganz klar. Aber leider haben zu

wenige Mitbürger das Grundgesetz zur Hand. Ein Blick in das Grundgesetz zeigt uns, daß Neuwahlen bei den gegebenen Verhältnissen nur mit Unterstützung oder mit Federführung des Regierungschefs möglich sind, und wenn Sie die Demoskopie zugrunde legen und überlegen, daß die Sozialdemokraten bei einer Neuwahl von 42 Prozent auf 32 Prozent möglicherweise heruntergehen, gehe ich aufgrund meiner politischen Lebenserfahrung etwas skeptisch mit der Erwartung um, daß jetzt eben Neuwahlen möglich sein werden.

Im Präsidium haben sich alle Kollegen in der Diskussion zu Wort gemeldet, was ja auch der Sinn unserer langen, ausgedehnten Sitzung war. Dabei wurde aus allen Beiträgen ganz klar herausgestellt, daß wir unsere Pflicht zu tun haben. Entweder jetzt, wenn wir in die Verantwortung gerufen werden oder zu einem späteren Zeitpunkt, etwa nach einem Wahlsieg bei der nächsten Bundestagswahl.

Wir haben dann ein erstes Gespräch gehabt über die Haushaltsberatungen 1983. Uns liegen noch keine Gesetzesvorlagen der Bundesregierung auf dem Tisch. Wir halten das für eine unerträgliche Situation. Ich darf in diesem Zusammenhang auch darauf hinweisen, daß unser Präsidium kein Beschlußgremium ist im Sinne, daß wir verbindliche Beschlüsse fassen können, sondern ein Gremium nach unserer Satzung, das Empfehlungen gibt.

Bei allen Fragen, die den Bundesrat berühren — ich lege Wert auf diese Feststellung — bleibt die verfassungsmäßige Zuständigkeit der Beschlußfassung der jeweiligen Landesregierung gegeben. Die Fraktion selbst nimmt erst in der nächsten Woche in Berlin ihre Beratungen auf.

Das Parteipräsidium ist einmütig der Auffassung, daß wir auf allen Ebenen den Vorschlag der Bundestagsfraktion unterstützen, daß der Etat erst dann beraten wird und die anhängenden Gesetze, wenn die notwendigen Zahlen beziehungsweise Zahlenberichtigungen vorliegen. Wir halten es für unerträglich, daß aus Angst vor der Wahrheit und den bevorstehenden Landtagswahlen in Hessen und in Bayern uns die Zahlen vorenthalten werden.

● **Wir haben nicht die Absicht — wie schon geschrieben wurde —, daß wir die Beratung insgesamt boykottieren, aber wir werden die Möglichkeiten des Minderheitenrechts in Anspruch nehmen und dann durch die entsprechenden Hearings etwa im Befragen der Bundesanstalt für Arbeit über die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt oder der wirtschaftswissenschaftlichen Institute uns an die Zahlen herantasten; mehr können wir als Opposition nicht tun.**

Bei diesem ersten Gespräch ist deutlich geworden, daß wir als CDU/CSU an unserer grundsätzlichen Linie, Steuer- und Abgabenerhöhung abzulehnen, festhalten. Das von der Bundesregierung beabsichtigte Einkommensteueränderungsgesetz 1983 enthält eine ganze Reihe von Bestimmungen, dem die Union auf gar keinen Fall ihre Zustimmung geben wird. Ich kenne hier nur die Erhöhung des Pauschsteuersatzes für bestimmte Zukunftssicherungsleistungen und die Kappung des Ehegatten-Splittings.

Es gibt in unserem Kreis eine Diskussion, inwieweit man bei einer Reihe von Detailfragen erneut in die Debatte eintritt. Ich nenne hier die Frage der Rückstellung wegen bestimmter Rechtsverletzungen oder den Ausschluß des Verlustausgleichs bei bestimmten ausländischen Einkünften. Aber es kann keinen Zweifel darüber geben, daß wir an unserer grundsätzlichen Linie festhalten und daß das jetzt hier vorgelegte Gesetz Bestimmungen enthält, die unsere Zustimmung nicht finden werden.

Ähnlich ist unsere Einlassung zu anderen Problemen in diesem Bereich. Es entspricht unserer grundsätzlichen Linie, Steuerabgabenerhöhungen abzulehnen, wenn wir die vorgesehene Anhebung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung ablehnen, beim Krankenversicherungsbeitrag der Rentner wollen wir prüfen, inwieweit eine Zustimmung möglich ist, wenn dieser Beitrag ausschließlich zur Sanierung der Rentenversicherung und nicht zur Sanierung des Bundeshaushalts verwandt wird. Wir sind in Beratungen über die Bemessung der Rentenversicherungs- und Krankenversicherungsbeiträge für Arbeitslose nach 70 Prozent des Bruttoarbeitsentgeltes.

Wir haben erhebliche Kritik bei den Vorschlägen, so wie es gemacht ist, zur Entlastung der gesetzlichen Krankenversicherung, Rezeptgebühr, Bagatell-Arzneimittel, Selbstbeteiligung Krankenhausaufenthalt, Kuren etc. Ich glaube dennoch, daß wir am Ende dieser Beratungen möglicherweise uns zu einer Zustimmung entschließen können. Das ist ein Punkt, der zwar uns in den Details nicht gefällt, aber in einer Generalrichtung liegt, die insgesamt im Zusammenhang mit der Sanierung der bestehenden Verhältnisse nicht ohne weiteres abzulehnen ist.

■ HAUSHALT '83

Unverzüglich neuen Entwurf vorlegen

Die CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages hat am 23. August 1982 im Bundestag einen Antrag eingebracht, mit dem die Bundesregierung aufgefordert wird, unverzüglich neue Haushaltsbeschlüsse für 1982 und 1983 auf der Grundlage wirklichkeitsgerechter Annahmen zur Wirtschaftsentwicklung und zur Entwicklung der Arbeitslosenzahlen zu fassen.

Dazu erklärt der Finanzpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hansjörg Häfele: Die Haushaltsbeschlüsse der Bundesregierung für 1982 und 1983 beruhen nach Auffassung aller unabhängigen Sachkenner auf unhaltbaren Wachstumsannahmen und nicht wirklichkeitsgerechten Arbeitslosenzahlen. Obwohl die Bundesregierung es intern offenbar bereits besser weiß, weigert sie sich, die notwendigen Folgerungen für ihre Haushaltsvorlagen zu ziehen. Es ist unzu-

mutbar, daß das Parlament im September überholte Haushaltsvorlagen beraten soll.

Der Bundestag sollte sich zu schade sein, eine Gespensterdebatte zu führen, die nur dazu dienen soll, wieder einmal die Wähler — diesmal in Hessen und Bayern — über die wahre Lage der Bundesfinanzen zu täuschen.

Die CDU/CSU-Fraktion hat daher den nachfolgenden Antrag im Bundestag eingebracht.

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, — den Entwurf des Nachtragshaushalts 1982 zurückzuziehen,

— den von ihr am 7. Juli 1982 beschlossenen Haushaltsentwurf 1983 und den am gleichen Tag verabschiedeten Finanzplan des Bundes bis 1986 dem Parlament nicht zuzuleiten,

— sondern unverzüglich einen überarbeiteten Nachtragshaushalt für das Jahr 1982 sowie einen neuen Haushaltsentwurf 1983 und einen neuen Finanzplan auf der Grundlage wirklichkeitsgerechter Annahmen zur Wirtschaftsentwicklung und zur Entwicklung der Arbeitslosenzahlen vorzulegen.

■ INNENPOLITIK

Thesen der CDU für die innere Sicherheit der Bundesrepublik

Der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Innenpolitik der CDU, der schleswig-holsteinische Innenminister Uwe Barschel, stellte am Montag, dem 30. August 1982, auf einer Pressekonferenz in Bonn „Thesen der CDU für die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland“ vor.

Das öffentliche innenpolitische Interesse ist gegenwärtig auf die wirtschaftlichen und finanziellen Sorgen gerichtet. Trotzdem sind schwerwiegende Probleme im Bereich der inneren Sicherheit weiterhin ungelöst:

— Die Kriminalitätsentwicklung ist durch anhaltend hohe Zuwachsraten gekennzeichnet.

— Die Aufklärungsquoten haben sich nicht verbessert, sind sogar teilweise rückläufig.

— Das Rechtsbewußtsein ist in Teilen der Bevölkerung erschüttert, die Bereitschaft zur Gewalt ist gestiegen.

— Angriffe auf den Rechtsstaat aus verfassungsfreundlicher Gesinnung halten an.

Aufgabe Nr. 1 im Bereich der inneren Sicherheit muß es deshalb sein, das Rechtsbewußtsein unter allen Bürgern dieses Staates, insbesondere der Jugend, zu festigen:

— Ohne Beachtung des demokratisch legitimierten Rechts gibt es kein zivilisiertes Zusammenleben in einer humanen Gesellschaft.

Die Verbesserung der inneren Sicherheit darf nicht einseitig auf die Polizei oder andere Sicherheitsorgane abgewälzt werden. Sie ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, der in der Familie, der Schule, Bildungseinrichtungen und Verbänden gedient werden muß.

So darf es nicht hingenommen werden, daß Ladendiebstähle bagatellisiert oder Hausbesetzungen gerechtfertigt werden.

— Es gibt kein Recht auf Widerstand gegen demokratisch zustandegekommene Entscheidungen. Es gibt kein Recht auf private Gewalt zur Durchsetzung persönlicher oder politischer Ziele. Das Gewaltmonopol liegt allein beim Rechtsstaat. Deshalb ist staatspolitisch bedenklich, daß Teile der SPD mit jenen Gruppierungen liebäugeln, die diesen Grundsatz in Frage stellen.

— Es war ein schwerer geistig-politischer Fehler von SPD und FDP, den Sicherheitsgedanken immer wieder gegen den Freiheitsgedanken auszuspielen.

Sicherheit im wohlverstandenen Sinne ist eine unerläßliche Voraussetzung für die Freiheit.

Aus diesen Grundthesen heraus folgen konkrete politische Forderungen:

— Die Gesetze müssen das Rechtsbewußtsein der Bürger stärken. Die ständige Ablehnung des Verbotes der Vermummung und der passiven Bewaffnung bei Demonstrationen durch SPD und FDP wird als deren Legitimierung mißverstanden.

— Die Gesetze müssen den Rechtsstaat in die Lage versetzen, seinen Sicherheitsauftrag für die Bürger zu erfüllen.

Ohne einen neuen Landfriedensbruchtatbestand gibt es keine wirkungsvolle Handhabe dagegen, daß Demonstrationen immer wieder in gewalttätigen Ausschreitungen ausarten.

— Die CDU bekennt sich zum Datenschutz als Garanten für die private Sicherheit. Er darf aber keinen absoluten Vorrang vor den Erfordernissen der öffentlichen Sicherheit bekommen.

Bei der Novellierung des Datenschutzgesetzes ist dieses Spannungsverhältnis unter Berücksichtigung der Sicherheitsprobleme sachgerecht zu lösen.

— Die Sicherheitsorgane des Staates dürfen nicht durch politische Entscheidungen an der Erfüllung ihres Auftrages gehindert werden.

Sie sind untereinander grundsätzlich zur Amtshilfe verpflichtet.

— Die Aufweichung des Verfassungstreue-Postulats für Beamte ist ein Verstoß gegen die rechtsstaatliche Hygiene.

Der Rechtsstaat wird unglaubwürdig, wenn er gegenüber dem Bürger durch rechtsstaatliche Gegner in Erscheinung tritt.

— Die öffentliche Anerkennung um Unterstützung für die Sicherheitsbehörden ist nicht ausreichend. Die Polizei benötigt mehr Rückhalt durch die politisch Verantwortlichen.

Der Verfassungsschutz muß vor jeder Dämonisierung in Schutz gehalten werden.

Eine neue Diskussion über die Probleme der inneren Sicherheit darf nicht mit dem pauschalen Hinweis auf die öffentliche Finanzkrise blockiert werden. Die neuen Thesen der CDU zur Sicherheitspolitik zielen auf eine Veränderung des geistig politischen Klimas ab.

■ INFORMATIONEN

SS-20-Fotos veröffentlichen

Eine Veröffentlichung von amerikanischen Satellitenaufnahmen sowjetischer SS-20-Raketenstellungen fordert der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Peter-Kurt Würzbach, von der amerikanischen Regierung: Diese zwei Satellitenaufnahmen sowjetischer SS-20-Raketen, über die die amerikanische Regierung verfügt, beweisen, daß Breschnew entgegen seiner Zusage weiter SS-20-Atomraketen im europäischen Teil der UdSSR stationiert. Die erste Aufnahme zeigt eine im europäischen Teil der UdSSR liegende SS-20-Stellung im Winter 1981/82, die noch im Bau ist. Das zweite Satellitenfoto zeigt dieselbe Stellung nach dem einseitigen Moratorium Breschnews im April/Mai dieses Jahres. Auf dem Foto ist deutlich zu erkennen, daß entgegen der Ankündigung des Generalsekretärs weitere SS-20-Raketen westlich des Urals stationiert werden. Diese beiden Fotos beweisen, daß Breschnew die Weltöffentlichkeit vorsätzlich belügt, wenn er behauptet, daß keine weiteren SS-20-Raketen im westlichen Teil der UdSSR stationiert werden.

Marx kritisiert Störsender

Der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses im Bundestag, Werner Marx (CDU), hat eine „immer massivere Kampagne sowjetisch gesteuerter Medien“ gegen amerikanische Sender sowie gegen die Deutsche Welle und die britische BBC in den Ländern des Warschauer Paktes kritisiert. Die Störungen vor allem der Nachrichtensendungen westlicher Sender in Osteuropa lasse laut Marx vermuten, daß das polnische „Militärregime“ seine wachsenden inneren Schwierigkeiten dem Einfluß durch ausländische „Hetzsender“ zuschreiben wolle.

■ GEWERKSCHAFTEN

Schmidts Antwort auf berechnigte Kritik erschöpft sich in Appellen

Die Antwort des Bundeskanzlers auf die berechnigte Kritik der Gewerkschaften an den Plänen zum Haushalt 1982 besteht darin, die Deutschen aufzufordern, „endlich von ihrer Weinerlichkeit ab(zu)lassen“. Diese Reaktion ist insofern erstaunlich, weil der Bundeskanzler nicht mehr politisch argumentiert, sondern polemisiert, stellt Generalsekretär Heiner Geißler fest.

Millionenarbeitslosigkeit, überzogene Staatsverschuldung und die über die Bundesrepublik hinweggehende Pleitelwelle sind für ihn nicht das Ergebnis falscher politischer Entscheidungen, sondern Ereignisse, die wie Naturkatastrophen, von der Politik deshalb nicht zu beeinflussen, über das Land hinwegziehen. Politische oder gesellschaftliche Gruppen, wie etwa die Gewerkschaften, die durchaus in falschen politischen Entscheidungen die Gründe für die krisenhafte Entwicklung sehen, werden zu Egoisten gestempelt, die sich der Weinerlichkeit hingeben.

Die Reaktion des Bundeskanzlers wirft die Frage auf, ob der gegenwärtige Regierungschef überhaupt noch die politische Macht hat, die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland zu beeinflussen. Diese Frage ist zu verneinen. Die SPD ist in drei Flügel gespalten: den sozialistischen, den ökologischen und den traditionell gewerkschaftlichen; und der Koalitionspartner FDP hat — als Vorstufe für Bonn — in Hessen die letzte Koalition

auf Länderebene gekündigt. So flüchtet sich der Bundeskanzler zu Appellen, mit denen er sich direkt an die Bürger wendet.

Eine solche Handlungsweise hat vor allem zum Ziel, die Gewerkschaften unter Druck zu setzen und von ihrem Vorhaben, die Beschlüsse der Bundesregierung zu kritisieren und zu bekämpfen, abzubringen. Dieser Versuch muß scheitern, wenn die Führung der Gewerkschaften in den kommenden Wochen klarmacht, daß die Gewerkschaften nicht die Interessen einer Regierung, sondern die Interessen der Arbeitnehmer vertreten.

Die Politik der Bundesregierung hat zu den größten sozialen Spannungen in der Nachkriegszeit geführt und kann von den Gewerkschaften nicht mehr gebilligt werden. Die meisten Gewerkschaftsmitglieder haben erkannt, daß die langen Jahre fast „blinder“ Unterstützung der von der SPD geführten Bundesregierung den Sozialdemokraten und Freien Demokraten zwar die Macht gesichert, die Gewerkschaften aber in der Durchsetzung zentraler Interessen der Arbeitnehmer behindert hat.

CDU und Gewerkschaften sind sich darin einig, daß die gegenwärtige Situation ihre Ursachen in falschen politischen Entscheidungen hat. So beruht der Haushaltsentwurf 1983 auf falschen Rahmendaten (sie müssen zwangsläufig korrigiert werden), die Staatsverschuldung wurde nicht eingedämmt, sondern ausgeweitet, und die Sozialversicherung wird zugunsten des Bundeshaushaltes ausgebeutet.

■ AUSBILDUNG

Überhöhte Kosten schaffen keine neuen Ausbildungsplätze

Die derzeitige Ausbildungsplatzsituation ist unbefriedigend. Immer noch suchen viele Jugendliche eine Lehrstelle in Betrieben und Verwaltungen. Es müssen weiterhin alle Anstrengungen unternommen werden, damit im Laufe dieses Herbstes kein Jugendlicher, der einen Berufsausbildungsplatz sucht, vor verschlossenen Türen stehen bleiben muß, erklärte der bildungs- und forschungspolitische Sprecher der CDU/CSU, MdB Anton Pfeifer:

Für die akute Engpaßsituation auf dem Lehrstellenmarkt ist die Bundesregierung maßgeblich mitverantwortlich. Denn sie hat durch ihre verfehlte Politik die Hauptursache hervorgerufen. Die wirtschaftliche Talfahrt hat zur sinkenden Ertragslage der Betriebe und zu den steigenden Kosten der Berufsbildung und damit zur derzeitigen unbefriedigenden Situation geführt. Vor allem der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Engholm, ist jetzt aufgefordert, daß er als einer der politisch Verantwortlichen alles tut, damit alle Arbeitsplatzsuchenden eine gute Lehrstelle erhalten und nicht auf der Straße bleiben. In diesem Zusammenhang appelliert die CDU/CSU noch einmal an Minister Engholm alles zu unterlassen, was die Ausbildungsbereitschaft und -fähigkeit der Wirtschaft beeinträchtigt.

So müssen ausbildungshemmende Rahmenbedingungen der Wirtschaftspolitik und Vorschriften, wie beispielsweise auch die beabsichtigte Änderung der Folgeko-

sten-Richtlinien für die überbetrieblichen Ausbildungsstätten, unverzüglich beseitigt werden.

Eine Ursache für die derzeit schwierige Entwicklung bei den Lehrlingsplätzen liegt in den stark angestiegenen Kosten für die betriebliche Ausbildung (von jährlich durchschnittlich 5 000,— DM Anfang der 70er Jahre auf ca. 15 000,— DM für einen Handwerksbetrieb im Jahre 1980).

Diese Kostensteigerung ist für die ausbildende Wirtschaft angesichts der sinkenden Ertragslage und der konjunkturellen Talfahrt nur schwer verkraftbar. Wenn der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft jetzt die Betriebe mit neuen, unerwarteten Ausbildungskosten für die überbetrieblichen Ausbildungsstätten belastet, dann trägt er damit zu einem Abbau von Ausbildungsplätzen und zu einem Rückgang der Ausbildungsbereitschaft vor allem in kleinen und mittleren Betrieben bei. Die anlaufende Protestwelle aus den Handwerkskammern spricht hier eine deutliche Sprache.

Die Folgekosten-Richtlinien des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft sahen bislang vor, daß ein Fehlbetrag bei der überbetrieblichen Unterweisung bis zu 50 Prozent erstattet wurde, wenn diese überbetriebliche Unterweisungsstätte mit Mitteln des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft gefördert war. Künftighin soll dieser Zuschuß höchstens ein Drittel der ausgabewirksamen Kosten für überbetriebliche Unterweisung sein, wobei auf diesen Anteil die sonstigen Förderungsmittel des Bundes für die Durchführung von überbetrieblichen Unterweisungsmaßnahmen anzurechnen sind. Das bedeutet in nicht wenigen Fällen den völligen Wegfall der Zuschüsse nach den Folgekosten-Richtlinien. Diese Änderung darf nicht Wirklichkeit werden. Deshalb hat die CDU/CSU im Bundestag eine parlamentarische Anfrage eingebracht.

■ KOALITION

„Vorwärts“ erwartet Absprache der FDP

Die sozialdemokratische Wochenzeitung „Vorwärts“ rechnet damit, daß die Freien Demokraten noch in diesem Jahr die sozial-liberale Koalition in Bonn aufkündigen werden. Zugleich wirft das Blatt dem FDP-Vorsitzenden Genscher in seiner neuesten Ausgabe vor, seit Monaten die Loyalität von Bundeskanzler Schmidt mißbraucht und nicht nur den Koalitionspartner, sondern auch die eigene Partei- und Wähler-Klientel „hinters Licht geführt“ zu haben.

Im Leitartikel des „Vorwärts“ heißt es, auf Genscher werde Schmidt nicht mehr lange zählen können. Vielleicht schon nach der hessischen Landtagswahl, wahrscheinlich aber erst nach dem Berliner FDP-Bundesparteitag Anfang November wird Genscher den Sprung zu Strauß und Kohl wagen. Schon die Entscheidung der hessischen FDP, nach der Landtagswahl eine Regierungskoalition mit der CDU einzugehen, habe nach Meinung des „Vorwärts“ auf „Bonner Überlegungen“ beruht.

Die jüngsten Äußerungen des FDP-Vorsitzenden sollten nach Meinung des „Vorwärts“ auch „die letzten Tagträumer in der SPD, die immer noch an einen Fortbestand der Bonner Koalition bis 1984 glauben, wachrütteln“. Da Genscher nun „neue Mehrheiten“ auch für Bonn wolle, werde sich die SPD eine neue Strategie einfallen lassen müssen, um ihren Wählerauftrag und damit ihrer Regierungsverantwortung gerecht zu werden. Das Blatt bezeichnet es als „vielleicht gut“, daß Genscher „jetzt die Katze aus dem Sack läßt“. Dies schaffe Klarheit in Bonn und Hessen.

Wenn die Mehrheit der FDP bundesweit tatsächlich zum Sprung bereit sei, sollte die SPD nach Meinung des „Vorwärts“ „nicht länger falsche Rücksichtnahmen auf ihren Koalitionspartner nehmen“.

Möllemann sieht die Koalition am Ende

Ziemlich skeptisch beurteilt der FDP-Bundestagsabgeordnete Jürgen W. Möllemann den Fortbestand der sozial-liberalen Koalition in Bonn. Als wichtigsten Prüfstein nannte er in einem Gespräch mit der Zeitung „Kölnische Rundschau“ die bevorstehenden Haushaltsberatungen, die ohne zusätzliche Einsparungen im Sozialbereich nicht zu einem guten Ende geführt werden könnten.

Die FDP sei dem Bürger das Einstehen für das Versprechen schuldig, endlich die Staatsfinanzen zu sanieren. Zunehmend gebe es eine „weniger große Verbundenheit“ mit der SPD.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion im rheinland-pfälzischen Landtag, Scholl, hat die Führung seiner Partei aufgefordert, die „sozial-liberale“ Regierungskoalition in Bonn aufzukündigen. „Für mich spricht zur Stunde alles dafür, die Zusammenarbeit bald zu beenden“, sagte Scholl im Südwestfunk. Das Regierungsbündnis stehe mit der Haushaltssanierung vor einer Frage, die nur im Konsens bewältigt werden könne, „und diesen Konsens vermag ich im Augenblick nicht mehr zu erkennen“. Schnelle Entscheidungen seien jetzt das Gebot der Stunde.

Baum hat in der Ausländerpolitik völlig versagt

Die Besorgnis des Bundesinnenministers bezüglich der rechtsextremistischen Aktivitäten ist berechtigt. Die von Herrn Baum veröffentlichten Zahlen über zunehmende

ausländerfeindliche Aktionen von Rechts-extremisten sind aber das Eingeständnis des Scheiterns der Innen- und Ausländerpolitik dieser Bundesregierung, erklärt der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Carl-Dieter Spranger.

Anstatt immer nur von Ausländerfeindlichkeit zu reden, soll Minister Baum endlich einmal erklären, wieso es hierzu überhaupt kommen konnte und wieso Extremisten meinen, in der Bundesrepublik ihr „Süppchen“ kochen zu können. Es war und ist der Bundesminister, der in der Ausländerpolitik nichts getan hat und auch jetzt nichts unternimmt. Es ist auch bezeichnend, daß die meisten Erfolge in der Bekämpfung des Rechtsextremismus nicht auf das Konto des Herrn Baum, sondern auf das der Länder gehen.

Der Bundesinnenminister sollte jetzt nicht noch den Versuch unternehmen, das eigene Versagen rhetorisch aufzumöbeln. Er sollte vielmehr endlich zu einer soliden Ausländerpolitik, zu einer Politik der tatsächlichen Unterstützung der Sicherheitsbehörden und zu einer wirksamen Bekämpfung des Terrorismus und des Extremismus finden. Mit allgemeinen Redensarten ist bis jetzt noch keinem Extremisten das Handwerk gelegt worden.

Anke Fuchs diffamiert und lenkt ab

Zu den widersprüchlichen Äußerungen der Ministerin für Jugend, Familie und Gesundheit, Anke Fuchs, bezüglich der Vorlage eines Gesetzentwurfes zur Neuregelung des Wehr- und Zivildienstes erklärt der Vorsitzende der Arbeitsgruppe für Jugend, Familie und Gesundheit, Hermann Kroll-Schlüter: Es ist zweifellos eine politische Schlappe der Bundesregierung, daß sie bis heute über die Neuregelung des Wehr- und Zivildienstes nur redet, jedoch keinen Gesetzentwurf vorlegt.

Noch beschämender ist aber, daß die zuständige Ministerin, Frau Anke Fuchs, der CDU die Schuld an der Verzögerung der Reform gibt. Während Frau Fuchs noch am 23. Juni 1982 im Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit des Bundestages erklärte, sie denke nicht daran, einen Gesetzentwurf zur Neuordnung des Zivildienstes vorzulegen, behauptete sie kürzlich im Rahmen der Einweihung der Zivildienstschule in Herdecke (Ennepe-Ruhrkreis), die sozialliberale Koalition sei seit langem bemüht, eine rechtliche Neuregelung zu erreichen.

Der Versuch von Frau Fuchs, die eigenen Fehler und Versäumnisse durch falsche Beschuldigung der Opposition zu verdecken, ist schlechter politischer Stil.

Allensbach: Für FDP in Hessen sechs Prozent

Nach einer Umfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach, die von der Illustrierten „Stern“ in Auftrag gegeben wurde, hat die FDP in Hessen eine gute Chance, mit sechs Prozent wieder in den Wiesbadener Landtag einzuziehen. Das Allensbach-Institut hatte in der Zeit vom 5. bis 12. August 1982 1 044 repräsentativ ausgewählten Hessen die sogenannte „Sonntagsfrage“ gestellt: „Wenn schon am nächsten Sonntag hier in Hessen Landtagswahl wäre, welche Partei würden Sie dann wählen?“ Das Ergebnis, das in der neuesten Ausgabe des „Stern“ veröffentlicht wird, sieht wie folgt aus: 49,7 Prozent für die CDU, 32,1 Prozent für die SPD, 10,5 Prozent für die Grünen, 6,0 Prozent für die FDP, 1,7 Prozent für andere Parteien. Allensbach kam damit, was die FDP angeht, zu einem anderen Ergebnis als das Meinungsforschungsinstitut Emnid. Danach würde die CDU 50 Prozent erhalten, die SPD 34 Prozent, die Grünen 11 Prozent, die FDP aber nur 4 Prozent.

KOMMUNEN

Investitionsfähigkeit der Gemeinden muß wiederhergestellt werden

Für eine Konsolidierung der Gemeindefinanzen im Bundeshaushalt 1983 haben sich der CDU-Spitzenkandidat im hessischen Wahlkampf und stellvertretender Bundesvorsitzender Alfred Dregger, und der Bundesvorsitzende der kommunalpolitischen Vereinigung der CDU/CSU, Horst Waffenschmidt, in Frankfurt ausgesprochen.

Im Anschluß an eine Sitzung des KPV-Bundesvorstandes unterstrichen die beiden Politiker in einer Pressekonferenz die konjunkturpolitische Notwendigkeit, eine Investitionsfähigkeit der Kommunen wiederherzustellen. Schließlich seien die Gemeinden mit zwei Dritteln der öffentlichen Investitionen wichtige Träger insbesondere der Baukonjunktur. Es habe daher wenig Sinn, staatliche Beschäftigungsprogramme „zusammenzuklauben“ und gleichzeitig zuzulassen, daß die Gemeinden investitionsunfähig würden.

Notwendig seien daher durchgreifende Haushaltsentlastungen für die kommunalen Körperschaften, die Entlastungswirkungen beim Bundeshaushalt 1982 mit 84 Prozent für den Bundeshaushalt und nur knapp vier Prozent für die kommunalen Haushalte dürften sich so nicht wiederholen.

Auch an diesen Zahlen wird nach Meinung Dreggers deutlich, daß die Gemeinden die Wirtschafts- und Finanzpolitik des Bundes nur erleiden, aber nicht beeinflussen könnten. Fehler, die in Bonn gemacht würden, könnten von den Gemeindeparla-

menten nicht wiedergutmacht werden. Wenn nicht nur einzelne Gemeinden in Schwierigkeiten gerieten, sondern jetzt nahezu alle Gemeinden gezwungen seien, das konjunkturpolitische Falsche zu tun, nämlich die Abgabenlast zu erhöhen, den Kapitalmarkt verstärkt in Anspruch zu nehmen und zugleich die Investitionen zu kürzen, dann könne das nicht örtlich verursacht sein, sondern nur an den Rahmendaten liegen, die vom Bund gesetzt würden.

Der KPV-Bundesvorsitzende verwies in diesem Zusammenhang auf die Belastung der Gemeindehaushalte mit Personalausgaben, die von 15 Milliarden Mark 1970 auf knapp 44 Milliarden Mark 1981 angestiegen seien. Besonders stark sei auch der zweite große Ausgabenblock der Gemeinden angewachsen, die Sozialausgaben, nämlich von 4,43 Milliarden Mark im Jahre 1970 auf 17,1 Milliarden Mark 1981. Für das laufende Jahr werde ein weiterer Anstieg von zwei Milliarden Mark erwartet.

Noch weniger als die Personalkosten sei die Entwicklung der Sozialausgaben von den Gemeinden beeinflussbar. Sie seien weitgehend bundesgesetzlich bestimmt. Die Gemeinden haben nach Darstellung der Unionspolitiker keinen Einfluß auf das Bundessozialhilfegesetz, auf die originäre Arbeitslosenhilfe und auf das Kindergeld. Wenn sich also aufgrund bundesgesetzlicher Regelungen die Betroffenen bei den Arbeitsämtern ab- und bei den Sozialhilfämtern anmeldeten, dann bleibe der Gemeinde nur noch eines: zu zahlen.

■ MITTELSTAND

Kurskorrektur und Rückbesinnung sind notwendig

Die Bildung einer „Schutzgemeinschaft“ der etwa 22 000 mittelständischen Zulieferfirmen des Elektrokonzerns AEG-Telefunken hat der mittelstandspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion MdB Hansheinz Hauser angeregt. Vor Journalisten in Bonn erklärte Hauser, Ziel der Schutzgemeinschaft sei, den Schaden für die ohne eigenes Verschulden in finanzielle Schwierigkeiten geratenen Firmen mit etwa 50 bis 150 Beschäftigten so niedrig wie möglich zu halten und „eine Kettenreaktion zu vermeiden“.

Nach Hausers Ansicht sollten sich Finanzhilfen von Bund und Ländern sowie Stützungsmaßnahmen und Bürgerschaftsaktionen „nicht ausschließlich auf den AEG-Konzern konzentrieren“, sondern auch auf die mittelständischen Betriebe ausgedehnt werden.

Weiter stellte Hauser fest: Die AEG-Krise sollte das letzte Signal sein zu einer fundamentalen Kurskorrektur in unserer Wirtschafts-, Steuer- und Gesellschaftspolitik. Jeder Tag, den diese Koalition länger im Amt bleibt, kostet mehr als 50 mittelständischen Unternehmen die Existenz und Hunderten von Arbeitnehmern ihren Arbeitsplatz.

Vor diesem Hintergrund hat die CDU/CSU die Aufgabe, ihr Konzept zur Gesundung der deutschen Wirtschaft als die Alternative vorzulegen. Zwei Aufgaben stehen dabei im Vordergrund, und zwar

1. die Steigerung der Ertragskraft unserer Unternehmen und

2. die Mobilisierung der vorhandenen Leistungsbereitschaft unserer Arbeitnehmer.

Beide Ziele lassen sich erreichen durch das von der Union geforderte Konzept zur Rückbesinnung auf eine Wirtschaftspolitik nach Erhard'scher Dimension. Unsere 7-Punkte-Offensive aus dem Frühjahr gilt unverändert als Richtschnur.

17 Konjunktur- und Ausgabenprogramme der Koalition haben die Arbeitslosigkeit nicht beseitigt, sondern vergrößert. Neue Impulse in Richtung auf mehr Wachstum und mehr Arbeitsplätze sind nur zu erwarten von einem breit angelegten Programm zur Senkung der Steuer- und Abgabenlast zur Verminderung des Staatsanteils von derzeit rund 50% in Richtung auf 38%. Von einer Steuersenkung gehen weitaus stärkere konjunkturpsychologische Impulse und Multiplikatoreffekte aus als von einer Ausgabensteigerung. Zur Gesundung der deutschen Wirtschaft muß eine Steuerpolitik betrieben werden, die die schrittweise Aufstockung des Eigenkapitals in den Unternehmen von derzeit knapp 20% auf wiederum gut 30% aus eigenen Kräften möglich macht. Die CDU/CSU-Fraktion hat hierzu in den zurückliegenden Jahren mehrfach konkrete Vorschläge gemacht (Schaffung einer steuerfreien Investitionsrücklage, Verbesserung der Abschreibungsmöglichkeiten usw.).

Daneben benötigen wir eine Steuerpolitik, die die vorhandene Leistungsbereitschaft der Arbeitnehmer nicht bestraft, sondern belohnt. Die gegenwärtige Steuerpolitik ist leistungsfeindlich und verhindert den notwendigen Aufschwung, wenn sie von jeder zusätzlich verdienten Mark nur noch 40 Pfennig in den Taschen der Arbeitnehmer läßt (Ergebnis einer Ifo-Studie). Der Abbau der Steuerprogression und die Steuerfreiheit für Überstunden wären Instrumente, die schnell und nachhaltig die Leistungsbereitschaft der Arbeitnehmer wieder stärken würden.

■ CDU HESSEN

Mit aller Kraft für den demokratischen Wechsel kämpfen

Eine von der CDU geführte hessische Landesregierung will sich vorrangig um den wirtschaftlichen Aufschwung und um die Rückgewinnung von Vollbeschäftigung bemühen. Diese beiden politischen Ziele sind die Schwerpunkte des Programms zur Landtagswahl, das der Landesparteitag der hessischen Union am Samstag, 21. August 1982, in Darmstadt mit überwältigender Mehrheit verabschiedete.

Grundvoraussetzung für Wachstum, Vollbeschäftigung und Stabilität sei die Bereitschaft der Wirtschaft zu Investitionen, heißt es in dem CDU-Programm. Deswegen gelte es, Privatinitiativen zu beleben und alle Hindernisse zu beseitigen, die die Produktivität und die Entfaltung der Wirtschaft behinderten. Als Instrumentarium für die Schaffung neuer Arbeitsplätze empfiehlt die Hessen-Union eine an der sozialen Marktwirtschaft orientierte Wirtschafts- und Finanzpolitik in Bund und Ländern. Sie fordert weiter einen Verzicht auf Steuererhöhungen und Sonderausgaben und die Senkung der öffentlichen Verbrauchsausgaben.

Die CDU will sich schließlich für den Fall eines Wahlsieges am 26. September um eine gezielte Mittelstandspolitik, eine Neuordnung des Miet-, Wohn- und Baurechts sowie um die Nutzung neuer Informationstechniken bemühen. Die Sicherung der Energieversorgung soll durch Freigabe bereits geplanter Großprojekte gewährleistet werden.

Zu Beginn des Parteitages hatte der hessische CDU-Vorsitzende und Kandidat für

das Ministerpräsidentenamt, Alfred Dregger, seine Partei eindringlich aufgefordert, bis zum Wahltag im September alle Reserven zu mobilisieren und den Wahlsieg nicht nur zu erwarten, sondern ihn durch unermüdlichen Einsatz auch tatsächlich herbeizuführen.

Die Wahl wird nicht vor der Wahl durch demoskopische Umfrageergebnisse und auch nicht durch Koalitionsaussagen anderer Parteien, sondern erst am Wahltag durch die souveräne Entscheidung der Wähler gewonnen oder verloren. Das vorausgeschickt kann man sagen, daß die Aussichten der hessischen CDU gut sind, stellte Alfred Dregger fest.

Die CDU tritt nach den Worten ihres Landesvorsitzenden in diesem Wahlkampf an, um die absolute Mehrheit im neuen Landtag zu erreichen. Denn niemand wisse, ob der FDP der „fliegende Wechsel“ wirklich gelinge, ob es den Liberalen in Hessen erspart bleibe, was ihnen in Hamburg aufgrund einer Koalitionsaussage zugunsten der SPD zugestoßen sei. Zu einer möglichen Koalition mit der FDP räumte Alfred Dregger ein, daß es Schwierigkeiten mit den Liberalen in der Bildungspolitik geben könne. Dagegen verbinde beide Partner jedoch eine gemeinsame Konzeption für die wichtigsten Aufgaben der achtziger Jahre: für die Rückgewinnung der Vollbeschäftigung und für die Sanierung der Staatsfinanzen.

Als ein „Unglück für unser Land“ bezeichnete Alfred Dregger ein Hamburger Wahlergebnis in Hessen, dem eine grün-rote Blockadepolitik folgen werde, denn die Grünen seien bereits jetzt die Partner der SPD, sagte der CDU-Vorsitzende mit dem

Hinweis auf die kommunalen Bündnisse in Kassel, Darmstadt und Rüsselsheim. Die Absage Börners an die Grünen möge für seine Person zutreffen, aber Börner, der der innerparteilich umstrittenste Ministerpräsident eines Bundeslandes sei, stehe nicht für die hessische SPD. Die SPD werde Börner, der sich bei Hamburger Wahlverhältnissen einer grün-roten Zusammenarbeit widersetzen würde, mit Zustimmung des Bundesvorsitzenden Brandt „ganz kalt fallenlassen“.

Alfred Dregger nannte als wichtigste Aufgabe einen hessischen Beitrag zur Rückgewinnung der Vollbeschäftigung. Dazu seien Einsparungen im öffentlichen Dienst erforderlich, weil so Geld für Aufträge an die Wirtschaft frei werde. Die große Zahl der 140 000 hessischen Arbeitslosen sei dadurch aber nicht wegzubekommen. Dazu sei ein wirtschaftlicher Aufschwung durch Wirtschaftswachstum nötig. Und dafür sei entscheidend, „daß wieder ein Klima des Vertrauens und der Zukunftsbejahung in Deutschland zu Investitionen einläßt“. Wer nicht begreife, daß das politische Klima eines Landes entscheidend für wirtschaftliche Entscheidungen sei, habe die Lektionen nicht gelernt, die SPD und FDP in bitterer Weise aufgegeben hätten.

Der CDU-Spitzenkandidat versprach eine dreijährige Steuergarantie, eine Begrenzung der Ausgaben des Staates und erteilt allen großen „Prestigebauten“ eine Absage. Einsparmöglichkeiten ergeben sich seinen Worten zufolge durch eine Reform der Staatsstruktur. Der Zentralisierung nach Bonn hin, der „üblen“ Zunahme der Mischfinanzierung, dem „Unfug“ von Gemeinschaftsaufgaben müsse ein Ende gesetzt werden.

Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident und stellvertretende Bundesvorsitzende der Union, Gerhard Stoltenberg, wies die neuesten Spekulationen um seine Person als Kanzlerkandidat der CDU entschieden zurück und räumte der CDU in Hessen für die Übernahme der Regierungsverantwortung größere Chancen als

je zuvor ein. Unter bundespolitischen Vorzeichen finde die hessische Landtagswahl ein ganz besonderes Interesse über die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland hinaus.

Fünf Persönlichkeiten hat Alfred Dregger in die Führungsmannschaft berufen:

Gottfried Milde, zur Zeit Fraktionsvorsitzender und Oppositionsführer im Landtag, Sprecher für den Bereich der Innen- und Rechtspolitik.

Manfred Kanther, Generalsekretär der Partei und parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion, wird sich der Finanz-, Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Umweltpolitik annehmen.

Karl-Heinz Trageser, zur Zeit Sozialdezernent im Magistrat der Stadt Frankfurt, früher sozialpolitischer Sprecher und stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU-Landtagsfraktion, also parlamentarisch wie administrativ in gleicher Weise geschult, wird den wichtigen Bereich der Sozialpolitik vertreten.

Bernhard Sälzer, zur Zeit Abgeordneter des Europa-Parlaments, zuvor kulturpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion und Bürgermeister der Stadt Marburg, in der ganzen Zeit aber gleichzeitig und vor allem kulturpolitischer Sprecher der Partei, wird im Wahlkampf für Kulturpolitik, insbesondere für Bildungspolitik, zuständig sein.

Zu den vier Männern tritt mit Gertrud Höhler eine Dame, die — so Alfred Dregger — „ich gebeten habe, die Kunst- und Wissenschaftspolitik als ihr Aufgabengebiet zu betrachten. Sie arbeitet in diesem Bereich als Hochschullehrerin, als Mitglied des Gründungssenats einer Gesamthochschule, als Mitglied von Reformkommissionen. Sie ist parteilos, was ich nicht als ein Hindernis ansehe, denn uns geht es nicht um die Partei, sondern um Hessen und um Deutschland. Wer ihre Bücher gelesen hat, weiß, daß ihre Grundvorstellungen mit den unseren übereinstimmen“.

STICHWORT

Embargo

Embargo, ein spanischer Begriff, heißt wörtlich übersetzt „Sperre“. Ursprünglich wurde das Festhalten von Schiffen im Hafen bzw. das Verbot, einen Hafen anzulaufen, als Embargo bezeichnet. Heute versteht man unter Embargo eine staatlich verordnete Liefersperre bestimmter Güter in andere Länder.

Seit Anfang der fünfziger Jahre besteht das sogenannte Ost-Embargo. Die NATO-Mitgliedsstaaten und Japan haben sich verpflichtet, keine Waren, die zu Rüstungszwecken mißbraucht werden könnten, in Ostblockstaaten zu exportieren. Überwacht wird dieses Abkommen durch das Koordinationskomitee für Ost-West-Handel (COCOM). Diese Institution stellt eine internationale Embargoliste auf, die alle Technologien und Gerätetypen enthält, die nicht exportiert werden dürfen.

Nach den Vorstellungen der amerikanischen Regierung soll COCOM wieder eine stärkere Rolle spielen, um den Technologietransfer in den Ostblock wirksamer kontrollieren zu können. Im Januar und Ende Mai dieses Jahres gab es in Paris bereits COCOM-Sondersitzungen, deren Beschlüsse heute noch weitgehend geheimgehalten werden.

Am 29. Dezember 1981 verhängte Präsident Reagan ein Embargo, um das Erdgasröhrengeschäft zwischen westeuropäischen Staaten und der Sowjetunion zu verhindern. Amerikanischen Unternehmen wurde verboten, direkt Maschinen für den Bau der Erdgasleitung zu liefern. Diese Maßnahme weitete die amerikanische Regierung aus, indem sie das Zulieferungsverbot auch auf ausländische Lizenznehmer und auf Tochtergesellschaften von amerikanischen Unternehmen im Ausland ausdehnte.

Zwei Gründe vor allem veranlaßten Präsi-

dent Reagan zu diesem Schritt: Zum einen habe die Sowjetunion noch kein Signal gesetzt, das auf eine baldige Entspannung in Polen schließen lasse. Zum zweiten bestehe die Gefahr, daß die der Sowjetunion durch das Gasgeschäft zufließenden Devisen weitere Rüstungsanstrengungen des Warschauer Paktes erleichtern könnten.

Die westeuropäischen Verbündeten nahmen die Anordnung der amerikanischen Regierung mit Enttäuschung und Verärgerung auf. Laut Vertrag vom 20. November 1981 soll die Bundesrepublik Deutschland ab 1984 jährlich 10,5 Milliarden Kubikmeter Erdgas aus Sibirien erhalten. Für den Bau der 5000 Kilometer langen Gasleitung will die Sowjetunion sechs Millionen Tonnen Grobrohre aus Westeuropa beziehen, davon allein drei Millionen aus der Bundesrepublik Deutschland.

Die Verschärfung des Embargos trifft insbesondere den ohnehin schwer angeschlagenen Elektrokonzern AEG-Telefunken, weil die Lieferung von 47 Gasturbinen sowie zusätzlicher Ausrüstung im Wert von 650 Millionen DM durch AEG-Telefunken nun gefährdet ist.

Am 23. August 1982 spitzten sich die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vereinigten Staaten und den am Erdgasröhrengeschäft beteiligten westeuropäischen Staaten zu. Die französische Regierung hat das Unternehmen Dresser France (Tochtergesellschaft von Dresser Industries Inc., USA) „dienstverpflichtet“, die Embargobestimmung Präsident Reagans zu mißachten und 21 Kompressoren an die Sowjetunion zu liefern.

Daraufhin beschloß die amerikanische Regierung am 26. August Sanktionen gegen die Unternehmen, die dieser Anordnung Folge leisten. Zwei französische Firmen wurden auf die sogenannte „Schwarze Liste“ gesetzt, d. h. ihnen wurde der Zugang zu Gütern, Dienstleistungen und Technologien aus den Vereinigten Staaten versperrt.

UNION BETRIEBS GMBH
 POSTFACH 24 49
 5300 BONN 1
 POSTVERTRIEBSSTÜCK
 Z 8398 C
 GEBÜHR BEZAHLT

TERMINE

- 3./4. 9. **Frauenvereinigung Westf.-Lippe**
 Seminar „Parteiprogramme“,
 Attendorn
3. 9. **LV Westfalen-Lippe**
 Landesvorstand, Dortmund
3. 9. **CDA Westfalen-Lippe**
 Arbeitsgemeinschaft CDA/CGB,
 Dortmund
- 3./5. 9. **CDU-Bund**
 BFA Sicherheitspolitik,
 Sitzung, Husum
3. 9. **Junge Union Westfalen-Lippe**
 Landesvorstand, Dortmund
3. 9. **LV Hessen**
 Landesvorstand, Frankfurt
4. 9. **EAK/Baden-Württemberg**
 Landestag, Ulm
4. 9. **Frauenvereinigung**
 Niedersachsen
 Kreisvorsitzendenkonferenz,
 Hannover
4. 9. **KPV/Schleswig-Holstein**
 Kongreß, Meldorf
6. 9. **CDU-Präsidium**
 Sitzung, Berlin
6. 9. **CDU-Bundesvorstand**
 Sitzung, Berlin
9. 9. **CDU-Bund**
 BFA Sozialpolitik, Sitzung,
 Bonn, KAH
9. 9. **CDU-Bund**
 BFA Kulturpolitik, 6. Sitzung,
 Bonn, KAH
10. 9. **Frauenvereinigung-Bund**
 Bundesvorstand, Bonn
10. 9. **LV Rheinland**
 Landesvorstand, Köln
10. 9. **Frauenvereinigung Hessen**
 Bundesvorstand/Landesvorstand,
 Darmstadt
10. 9. **MIT-Fachkommission**
 „Öffentlichkeitsarbeit“, Stuttgart
10. 9. **CDA Westfalen-Lippe**
 Landesvorstand, Dortmund
11. 9. **Junge Union Niedersachsen**
 Landesvorstandssitzung,
 Bederkesa
11. 9. **Frauenvereinigung**
 Baden-Württemberg
 Landestag, Titisee/Schwarzwald
13. 9. **LV Baden-Württemberg**
 Präsidium, Stuttgart
14. 9. **KPV/Schleswig-Holstein**
 Vorstandssitzung, Kiel
16. 9. **CDU-Bund**
 BFA Entwicklungspolitik,
 Sitzung, Bonn, KAH
17. 9. **Frauenvereinigung Saar**
 Landesvorstand, Saarbrücken
- 18./19. 9. **Junge Union Westf.-Lippe**
 Landesversammlung, Hagen
18. 9. **Junge Union Niedersachsen**
 Niedersachsenratssitzung,
 Verden

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lütjhe, Erberhard Luetjohann. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 40,— DM. Einzelpreis 1,— DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UId